



Siemens Aktiengesellschaft
Corporate Finance Treasury,
Investor Relations (CF IR),
Wittelsbacher Platz 2

80333 München

per Telefax: 089 – 636 32 830
per Email: hv2009@siemens.com

Postfach 13 03 35
50497 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 – 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaeere.de
www.kritischeaktionaeere.de

Köln, 9. Januar 2009

Gegenanträge zur Hauptversammlung der Siemens AG
am 27.01.2009

TOP 3 Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
Ausschüttung einer Dividende

Wir beantragen: je dividendenberechtigter Stückaktie wird aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 1,00 Euro ausgeschüttet.

Begründung:

Die vorgeschlagene Dividende von 1,60 Euro je Aktie ist zu hoch.

Der Jahresüberschuss fällt mit 1,619 Milliarden Euro geringer aus als im Vorjahr mit 2,317 Milliarden Euro.

Aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise sind die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Mit einer höheren Eigenkapitalquote können Krisen und konjunkturelle Abschwünge besser aufgefangen werden. Die Kreditwürdigkeit wird erhöht.

Die Entwicklung zukunftsfähiger nachhaltiger Produkte erfordert mehr Eigenkapital. Die ökologisch-technischen Innovationen würden der Firma Siemens und der Weltgesellschaft zu gute kommen.

Sollte es zu Auftragsrückgängen kommen, müssen Mittel vorhanden sein, um das Personal zu halten und Weiterbildung zu finanzieren.

TOP 4 **Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes**

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Begründung:

1. Der Vorstand verfolgt eine falsche Unternehmensstrategie. Die Zielvorgabe des Vorstandsvorsitzenden Löscher, dass der Umsatz der Siemens AG „doppelt so stark wachsen müsse wie die Weltwirtschaft“, entbehrt jeder sachlichen Begründung. Sie verrät ein veraltetes, rein quantitatives Wachstumsdenken, das durch ökologische Gesamtrechnungen längst widerlegt ist. Den Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, der geschädigten Umwelt und Natur nutzen solche Zielsetzungen überhaupt nicht. Sie treiben Gewinnstreben und Spekulationen in unrealistische Höhen. Die Belegschaft wird unter Druck gesetzt, unbezahlte Überstunden zu leisten und Aufträge auch in Grauzonen herein zu holen. Sollten die Zielsetzungen verfehlt werden, hat es für die Vorstände keine Konsequenzen. Schon rein numerisch ist die Zielsetzung bei „Null- oder Minuswachstum“ unsinnig. Was wäre das Doppelte von null oder von minus zwei? Zukunftsfähige Ziele sind Einsparquoten bei Energie, Emissionen und Ressourcen in der Herstellung und bei den Produkten und deren Recycler-Fähigkeit. Daran sollte der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens gemessen werden.
2. Durch die 34-prozentige Beteiligung an Areva hält der Vorstand am Geschäft mit der Atomwirtschaft fest. Sie löst jedoch keines der Hauptmenschheitsprobleme wie sie in den Millenniumszielen der UN aufgeführt werden und denen sich Siemens angeblich verpflichtet fühlt: Verminderung von Armut und Krankheit, fehlende Schul- und Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Klimaveränderung, Verlust an Artenvielfalt, sondern sie schafft nicht zu bewältigende neue Bedrohungen. Die Fähigkeit, Atomreaktoren zu betreiben und den Nuklearkreislauf zu beherrschen, verschafft Nicht-Atommächten die Möglichkeit, waffentaugliches Uran und Plutonium herzustellen. Wer Atomkraftwerke liefert, leistet der Proliferation Vorschub und unterminiert die Anstrengungen zur Abschaffung aller Atomwaffen und gefährdet dadurch den Weltfrieden.

Welche Probleme die Endlagerung radioaktiver Abfälle bereitet, kann an den Missständen im Endlager Asse studiert werden. Nach 50 Jahren Nutzung der Atomenergie existiert immer noch kein sicheres Endlager für die Hinterlassenschaft der Atomwirtschaft.

Areva/Siemens scheut sogar nicht davor zurück, sich um Aufträge beim Bau von Atomkraftwerken an Erdbeben gefährdeten Standorten wie Belene in Bulgarien und Akkuyu in der Türkei zu bewerben. Selbstverständlich rechnet man nicht damit, dass die Hersteller für die Folgeschäden von Unfällen aufkommen müssen. Diese müssen wie bei der Finanzkrise von den Staaten und BürgerInnen getragen werden. Der Vorsitzende des Vorstandes, Peter Löscher, schiebt die Verantwortung für die Nutzung der Atomenergie der Politik der jeweiligen Staaten zu. Das ist Unternehmertum ohne Moral. An unheilvolle Zeiten deutscher Firmen-Geschichte sei erinnert. Für die Entscheidung, welche technischen Lösungen zur Energiegewinnung angeboten werden, ist jedoch nicht der Staat verantwortlich. Gewinne zu privatisieren und Folgekosten zu sozialisieren, ist unmoralisch. Siemens kann ohne die Beteiligung an der Atomwirtschaft sehr wohl gewinnbringend agieren. Für den Ausbau der Sparte Erneuerbare Energie würden

sogar zusätzliche Kapazitäten gewonnen. In einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 24.11.2008 forderte „Siemens-Chef Löscher mehr Investitionen in den Umweltschutz“. Diese Forderung kann im eigenen Unternehmen umgesetzt werden.

3. Schon im vergangenen Jahr haben wir das Festhalten an der Transrapid-Strecke in München als ökonomisch unsinnig kritisiert. Sechs Monate vor dem Aus hat sich Peter Löscher als Sprecher der Konsortiums laut Süddeutscher Zeitung „mit Stoiber auf eine Vereinbarung geeinigt, wonach die Flughafenstrecke gebaut werden und nicht mehr als 1,85 Milliarden Euro kosten solle.“ Am 17. März 2008 mussten Beckstein, Tiefensee und Löscher der nicht mehr sehr überraschten Öffentlichkeit eingestehen, dass zur Realisierung der Strecke nun mehr als 3,4 Milliarden Euro erforderlich seien. Eines der unsinnigsten Projekte „seit dem Turmbau zu Babel“ wurde beerdigt. Die Folge ist ein erheblicher Image-Schaden auch für Siemens. Es gibt keine vernünftige Erklärung, warum ein so erfahrener Weltkonzern wie Siemens an einem unverkäuflichen Produkt verbissen festhält. Der Ausbau des Transrapid-Netzes in China ist höchst ungewiss.

Dem Vorstand ist auch anzulasten, dass die ausgelieferten ICE-Züge immer wieder Mängel aufweisen und nachgebessert werden müssen. Die Folgen haben die BahnkundInnen letztlich zu tragen, wenn die Züge nicht sicher und mängelfrei sind. Die Verantwortung auf andere Firmen zu schieben, zieht nicht, wenn man Hauptauftragnehmer ist. Schon am 2.12.2002, wenige Jahre nach dem Start der ICE-3-Flotte, entgleiste zwischen Leipzig und Hof der ICE 1799 mit Achsbruch. Nach Informationen des ZDF-Magazins Frontal 21 berieten die Zug- und Achshersteller – darunter Siemens, Bombardier und Alstom – bei Treffen unter anderem am 7.12.2004 die heikle Problematik. Das Problem wurde jedoch nicht behoben.

Gewinneinbußen von 200 Millionen Euro gibt es bei den Straßenbahnen vom Typ Combino. Die Combino-Züge sind ein technischer Sanierungsfall, der bereits mehrere hundert Millionen Euro gekostet hat.

Im Geschäftsbericht werden diese Seiten der Konzern-Tätigkeit nicht erwähnt oder erklärt.

Im Compliance-Bericht kann man lesen: „Ein guter Ruf ist das größte Kapitel eines Unternehmens.“

TOP 5 **Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates**

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird die Entlastung verweigert.

Begründung:

1. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftspolitik des Vorstands gut geheißen und gebilligt und steht deshalb auch voll in der Verantwortung für die menschen- und umweltfeindliche Beteiligung am Ausbau und Verbreitung von Atomtechnologie, an den unternehmerischen Fehlentscheidungen beim Transrapid und bei der Qualitätskontrolle der ausgelieferten Schienenfahrzeuge.

2. Die vom Aufsichtsrat beschlossenen Vergütungen für Vorstandsmitglieder sind im Vergleich zu den Durchschnitts-Gehältern der Siemens-Arbeiter und -Angestellten unanständig hoch.

Köln, 09.01.2009

gez. Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
50668 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 / 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de